

Zürich, 4. Juli 2021

Meine täglichen Gedanken

Zwängerei

vom 9. Juli 2021

Schlagzeilen aus der NZZ und anderswo

(Die Kommentare des Verfassers sind blau unterlegt)

8. Jahrgang Nr. 177



Keine Zwängerei, aber längst überfällig!

Breite Allianz für Aufbruch in der Sicherheitspolitik

Die neue Allianz möchte das Thema Sicherheit vom innenpolitischen Verteilungskampf um finanzielle Mittel lösen. Peter Klaunzer / Keystone

Demokratische Mitsprache in der Europapolitik

von SGA-Präsidentin Christa Markwalder Juli 2021

Der Entscheid, die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen (InstA) einseitig zu beenden, fällt der Bundesrat am 26. Mai einsam in seinem Sitzungszimmer – ohne Mitentscheidung von Parlament, Kantonen und Stimmbevölkerung. Der Bundesrat konsultierte zwar die zuständigen aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat sowie die Konferenz der Kantonsregierungen. Doch inhaltlich machte er mit dem Weglaufen vom Verhandlungstisch genau das Gegenteil dessen, was die APKs und die Kantone von der Regierung gefordert hatten. Dreist setzte sich der Bundesrat über Teile seines Wahlkörpers und über die Meinung der Kantonsregierungen hinweg. Innenpolitisch mangelt es diesem Entscheid klar an demokratischer Legitimation.

Der europapolitische Scherbenhaufen, den unsere Landesregierung mit dem Verhandlungsabbruch zum InstA angerichtet hat, untergräbt ihre eigene Glaubwürdigkeit und jene der Schweiz auf europäischer und internationaler Ebene. Es klingt denn auch wie ein Hohn, wenn der Bundesrat seither bei jeder Gelegenheit betont, er werde für die EU weiterhin eine zuverlässige und engagierte Partnerin sein. Engagiert – einverstanden, das lässt sich vielseitig aus- und belegen, aber gleichzeitig immer noch glaubwürdig?

Mit neuem Reise-Elan in verschiedene EU-Staaten wollen die Mitglieder des Bundesrats ihren guten Willen unterstreichen und bilaterale Kontakte in den Mitgliedstaaten intensivieren, nachdem sie gerade selbst sehr viel Goodwill der europäischen Verhandlungspartnerin gegenüber der Schweiz verspielt haben. Man kann dabei den Eindruck gewinnen, dass der Ansatz «divide et impera» in subtiler Weise als Vorbild dient oder – höflicher formuliert –, dass in den jeweiligen EU-Hauptstädten gemeinsame bilaterale Interessen die Basis für jeweilige thematische Differenzen mit der EU-Kommission bilden.

Gemeinsame Herausforderungen - Nachdem sich die transatlantischen Banden nach der chaotischen Trump-Ära wieder zu festigen beginnen, der Brexit vertraglich besiegelt ist und gleichzeitig die Spannungen zwischen den Grossmächten weiterhin zunehmen, ist es allerdings nicht im Interesse der Schweiz, dass sich die von Russland und China gesäten Spaltpilze in Europa weiterhin verfestigen. Im Gegenteil. Die Schweiz teilt die europäischen Grundwerte von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat und sieht sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie die Mitgliedstaaten der EU: wirtschaftliche Prosperität, finanzielle Stabilität, Bewältigung der Covid-Pandemie, Bekämpfung des Klimawandels, finanzielle Absicherung der Altersvorsorgesysteme aufgrund der älter werdenden Bevölkerung, Energieversorgungssicherheit, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Cybercrime, Befriedung von Konflikten und Kriegen, Umgang mit Migrationsströmen aus Krisenregionen, Zugang zu Rohstoffen sowie Aufrechterhaltung internationaler Wertschöpfungsketten auch in Pandemie-Zeiten.

Gerade unter dem Blickwinkel dieser gemeinsamen europäischen Herausforderungen und im Umfeld der

zunehmenden geo- und sicherheitspolitischen Spannungen war es vom Bundesrat grobfahrlässig, das InstA als Garant für die Fortsetzung der bilateral vertraglich geregelten Beziehungen mit unserer wichtigsten Handelspartnerin aufzugeben. Denn damit ist auch der bilaterale Weg als schweizerisches Integrationsmodell «sui generis» in Frage gestellt. Gewiss, es gibt auch die weitergehenden Integrations-Varianten von EU-Mitgliedschaft, EWR-Mitgliedschaft oder aber die graduelle Desintegration der Schweiz hin zu einem Drittstaat. Letzteres kann angesichts unserer engen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtung mit unseren europäischen Nachbarn keine Option sein. Doch genau dahin hat der Bundesrat am 26. Mai seinen Wegweiser gestellt – basierend auf dem Prinzip Hoffnung, dass es schon irgendwie Wege gäbe, ohne InstA die privilegierte Zusammenarbeit mit der Europäischen Union basierend auf den bestehenden Verträgen weiter zu entwickeln. Das Prinzip Hoffnung darf aber nicht wegleitend für unsere Europapolitik sein. Diese Vorstellung ist zu diffus, denn sie braucht jeweils das Commitment beider Partnerinnen auf beiden Vertragsseiten.

Kommt hinzu, dass es abstrus anmutet, dass sich der Bundesrat – ausgerechnet nach der innenpolitisch abstrakten Debatte über die schweizerische Souveränität – mittels eines Prüfauftrags die Regulierungsdifferenzen zwischen der schweizerischen und der europäischen Gesetzgebung eruieren will. Diese sind in den allermeisten Fällen schon lange erkannt und in jedem einzelnen Bereich entweder bewusst ausgemerzt oder aus spezifischen Gründen stehen gelassen worden.

Für ein neues Gesetz zu den Beziehungen zur EU - Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats, die sich in ihrer grossen Mehrheit und nach vielen konkreten konstruktiven Vorschlägen an die Adresse des Bundesrats bewusst übergangen sah, hat nun mittels parlamentarischer Initiative den Weg als Gesetzgeberin ergriffen. So soll in einem Bundesgesetz festgehalten werden, dass der Bundesrat im Rahmen eines strukturierten politischen Dialogs mit der EU die Klärung der institutionellen Regeln für die Weiterführung und Erleichterung der Beziehungen mit der Europäischen Union anstreben soll, um die Interessen der Schweiz wahren zu können. Darin werden auch die Eckwerte für den Dialog sowie die Rolle und der Einbezug des Parlaments und der Kantone geregelt.

Dieses Gesetz untersteht wie alle Bundesgesetze dem fakultativen Referendum, wodurch die Stimmbevölkerung nicht weiter aus der wichtigen europapolitischen Debatte ausgeschlossen würde. In der Europapolitik dürfen weder Parlament noch Souverän zukünftig einsame Entscheidungen aus dem Bundesratszimmer hinnehmen. Das Parlament und die Bevölkerung haben ein Anrecht mitzuentcheiden, ob wir unsere ökonomisch privilegierte Situation in Europa absichern wollen. Als Sekundantin der Spaltpilze aus China und Russland gegen die europäische Einigung eignet sich die Schweiz definitiv nicht. Vielmehr müssen wir einen neuen helvetisch-europäisch kultivierten Pragmatismus an den Tag legen, der die Kohärenz unserer jeweiligen Aussenpolitiken festigt.

So sehen Verlierer und Verlierinnen aus, sie geben sich als schlechte Demokraten/Demokratinnen zu erkennen!

Leider vermag Nationalrätin Christa Markwalder nicht zwischen Entscheidungskompetenz und Konsultationsrecht zu unterscheiden, die eidg. Räte sollen konsultiert werden, aber der Entscheid wird durch das Bundesratskollegium gefällt. Ein Mitspracherecht der Legislative besteht zu Recht nicht. Offenbar waren die Mitglieder der beiden aussenpolitischen Kommissionen und selbst auch die Konferenz der Kantonsregierungen nicht in der Lage, einen grossen Einfluss auf den Bundesrat auszuüben.

Die Schweiz teilt die europäischen Grundwerte von Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat und sieht sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert wie die Mitgliedstaaten der EU, schreibt Markwalder. Ist sich da die Nationalrätin so sicher? Die Demokratie der Schweiz unterscheidet sich wesentlich von der EU-Demokratie, die auf der parlamentarischen Demokratie basiert. Da gibt es für den Souverän kein Initiativ- und Referendumsrecht! Und die EU-Bürger werden während vier oder fünf Jahren auf Landesebene nur einmal zur Urne gerufen. Wirtschaftliche Prosperität, finanzielle Stabilität, Bewältigung der Covid-Pandemie,

finanzielle Absicherung der Altersvorsorgesysteme, Energieversorgungssicherheit, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Cybercrime, Befriedung von Konflikten und Kriegen, Umgang mit Migrationsströmen aus Krisenregionen, alles nicht gerade Gebiete, wo sich die EU Meriten erworben hat.

Der bilaterale Weg als schweizerisches Integrationsmodell «sui generis» ist nicht in Frage gestellt. Die bilateralen Verträge sind weiterhin in Aktion, auch wenn das eine oder andere Abkommen einer Auffrischung bedarf ist dies schliesslich auch im Interesse der EU. Frau Nationalrätin Christa Markwalder ist es empfohlen, sich einmal intensiv mit der Aussenhandelsbilanz der Schweiz mit der EU auseinander zu setzen. Dann wird sie feststellen, dass der Handel mit der Schweiz im grossen Interesse der EU liegt, hat sie doch in den letzten zehn Jahren zumeist einen Handelsbilanzüberschuss von rund 20 Milliarden Franken erzielt. Damit lassen sich auf Jahresbasis jedes Jahre 144 Kampffjets kaufen.....!

MEDIENMITTEILUNG

KAMPFJETS

Jetzt kommt die Initiative gegen den F-35

Von Lewin Lempert

Mit der Wahl des F-35 möchte der Bundesrat 36 massiv überdimensionierte Kampffjets für 5 Milliarden anschaffen. Total kosten diese Luxus-Kampffjets bis zu 25 Milliarden Franken. Für die GSoA ist dies eine völlig verfehlte Sicherheitspolitik. Die GSoA zeigt sich entrüstet über die Sturheit des Bundesrats, keine Kompromisse bei der Beschaffung neuer Kampffjets zu machen. Die Allianz von GSoA, SP und GRÜNEN drohten bei einer Wahl des F-35 eine Initiative dagegen an. Diese wird sie nun lancieren.

Die Beschaffung neuer Kampffjets wurde im vergangenen September nur durch ein Zufallsmehr angenommen. In einer Demokratie macht der Bundesrat bei einem solch knappen Ergebnisse normalerweise klare Konzessionen an die grosse Gegnerschaft, nicht so bei der Auswahl neuer Kampffjets. «Das Resultat war zu knapp, um einfach über die Bedenken der Gegnerschaft hinweg zu gehen. Die Abstimmungsanalyse hat gezeigt: Das Volk will keinen Ferrari in der Luft!», meint Marionna Schlatter, Nationalrätin der GRÜNEN. Im Mai kündigte die Allianz eine potenzielle Initiative gegen die beiden zur Auswahl stehenden US-Kampffjets an. Mit der Wahl des F-35 wird sie diese nun lancieren.

Mit 5000 Unterzeichnenden eines Aufrufs zum Stopp neuer US-Kampffjets wird die Allianz die Unterschriften für die Initiative im Nu zusammen haben. Jonas Kampus, politischer Sekretär der GSoA, zeigt sich siegessicher: «Der Bundesrat kann sich auf eine heftige Abstimmungsniederlage gefasst machen. Die Nachbefragungen im September zeigten eine klare Ablehnung des F-35 in der Stimmbevölkerung.»

Der F-35 ist völlig ungeeignet für luftpolizeiliche Aufgaben, weist massive Life Cycle Costs auf, und hat mehrere hundert Sicherheitsmängel, fast ein Dutzend davon sind besonders gravierend. Mittlerweile wenden sich auch hochrangige amerikanische Offiziere vom F-35 ab, dem Kampfflugzeug mit den höchsten Entwicklungskosten aller Zeiten. SP-Nationalrätin Priska Seiler-Graf ist äusserst besorgt: «Beim F-35 fliegen die amerikanischen Geheimdienste immer im Cockpit mit. Wir haben massive Bedenken bezüglich der Datensicherheit und -hoheit beim F-35.»

Ausserdem liefert der F-35 keine Antwort auf die aktuellen Bedrohungen wie der Corona-, Klima- oder Care-Krise. Der Bundesrat betreibt damit eine fehgeleitete Sicherheitspolitik, die keinen Bezug zur Realität hat. Gesundheitliche, ökologische oder soziale Probleme lassen sich nicht wegbomben, ihre Lösung liegt nicht in einer total bis zu 25 Milliarden hohen Investition in überdimensionierte Kampfflugzeuge. «Es ist unhaltbar, dass der Bundesrat keine Kompromisse gegenüber den 49.9 % der Stimmbevölkerung machte. Wir brauchen keine überteuerte F-35, es braucht endlich massive Investitionen in den Klimaschutz und in die Gesundheitsversorgung.», meint Judith Schmid, politische Sekretärin bei der GSoA.

Die Allianz wird die Initiative voraussichtlich Mitte August lancieren. Ab sofort startet sie einen Aufruf an die Bevölkerung zur Unterstützung der Initiative: www.stopp-kampffjets.ch
Das komplette Argumentarium zur Initiative findet sich auf stopp-kampffjets.ch

Wo nehmen die SP, die Grünen und die GSoA diese unglaubliche Arroganz her, den Volkssentscheid zur Beschaffung eines neuen Kampffjets in Frage zu stellen, wenn auch dieser Volkssentscheid denkbar knapp ausgefallen ist? Diesen Volkssentscheid gilt es im Sinne der direkten Demokratie zu akzeptieren!

Keine Zwängerei, eine längst fällige absolute Notwendigkeit!

Breite Allianz für Aufbruch in der Sicherheitspolitik

Georg Häsler Sansano, Bern, 9. Juli

Eine bürgerliche Dachorganisation will die Deutungshoheit über Verteidigungsfragen zurückgewinnen.

Es ist, als hätte der Abstimmungskampf über die Abschaffung der Armee vom November 1989 nie aufgehört. Die Sinnfrage steht seither im Zentrum aller Diskussionen über die Ausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik. Armeeffreunde und Armeegeegner drehen sich im Kreis und blockieren damit konstruktive und vor allem gesamtheitliche Ansätze.

Dies soll sich ändern. Bürgerliche Kräfte um den Aargauer FDP-Ständerat Thierry Burkart sind dabei, eine neue Dachorganisation für alle relevanten Akteure zu schaffen. Dies berichtete Radio SRF am Donnerstag. Die «Allianz Sicherheit Schweiz» hat die Absicht, die führende sicherheitspolitische Organisation zu werden.

Dazu gehört eine jederzeit einsatzbereite und schlagkräftige Kampagnenorganisation mit einer eigenen Geschäftsstelle. Diese soll Themen proaktiv setzen: sowohl im parlamentarischen Prozess als auch in der öffentlichen Auseinandersetzung bei Abstimmungen. Der Verein will sich bewusst unabhängig vom Verteidigungsdepartement (VBS) positionieren. So sei auch konstruktive Kritik möglich.

Erosion im bürgerlichen Lager - Gegenüber der NZZ macht Thierry Burkart klar, dass die Allianz die Deutungshoheit in der schweizerischen Sicherheitspolitik anstrebt. Entscheidend ist ein umfassendes Verständnis von Sicherheit. Damit will die neue Organisation einen Aufbruch wagen: weg von der reinen Wehrpolitik der Vergangenheit, hin zu Konzepten, die das Gesamtsystem in den Vordergrund rücken. Dies schafft die Möglichkeiten, alte Gräben zu überbrücken und die Sicherheitspolitik von der Glaubensfrage für oder gegen die Armee zu befreien.

Im sicherheitspolitischen Umfeld tummeln sich eine Vielzahl von kleineren und grösseren Organisationen. Besonderes Gewicht haben die Offiziersgesellschaften oder die Schützenvereine, die historisch das Fähnlein der schweizerischen Wehrtradition tragen. In den letzten Jahren kamen aber auch Kleinstvereinigungen dazu – etwa die Gruppe Giardino, die sich vehement gegen die Reformschritte der letzten Jahre wehrt.

Eine Analyse im Konzeptpapier der «Allianz Sicherheit Schweiz» zeigt, wie es zu einer sicherheitspolitischen Erosion im bürgerlichen Lager gekommen ist. In der Tat standen sich die armeefreundlichen Kräfte in den letzten Jahren meistens selbst im Weg. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der gescheiterten Gripen-Abstimmung im Mai 2014.

Auch die Zweifel an der Kompetenz der Beschaffungsbehörde Armasuisse werden vor allem von Vertretern rüstungspolitischer Partikularinteressen geschürt. Der leidenschaftliche Streit, ob der neue Mörser, eine hochpräzise Bogenschusswaffe, nun über einen Turm oder eine Heckklappe verfügt, lieferte den Stoff für seitenlange Artikel, die letztlich den Gegnern einer glaubwürdigen Landesverteidigung in die Hände spielten.

Unterstützung der Wirtschaft - Jeder noch so vorsichtige Schritt, die Sicherheitspolitik der aktuellen Lage anzupassen, versetzte Anhänger eines Massenheers mit möglichst vielen Panzern in Wallungen. Wenn es um die sicherheitspolitischen Geschäfte geht, verläuft zudem ein tiefer Graben durch das Land – insbesondere zwischen Stadt und Land. Statt die Bedrohungen als Ganzes zu betrachten, werden der Klimawandel und die Cyber-Bedrohung gegen mögliche machtpolitische Verwerfungen ausgespielt.

Die neue Allianz will das Thema Sicherheit vom innenpolitischen Verteilungskampf um finanzielle Mittel lösen. Unter dem Dach eines gemeinsamen Vereins sollen sich die Schweizerische Offiziersgesellschaft, Fachorganisationen, Gruppen von Studierenden oder auch die Schützenvereine vereinen. «Nur gemeinsam schaffen wir ein integriertes Verständnis von Sicherheitspolitik», davon ist

Thierry Burkart als treibende Kraft hinter der Idee überzeugt.

Das Konzeptpapier der «Allianz Sicherheit Schweiz» ortet die Defizite der schweizerischen Sicherheitspolitik unter anderem bei der Versorgungssicherheit des Landes, die als strategisches Ziel bisher gefehlt hat. Erst die Pandemie hat nach Jahren der Globalisierung den Effekt geschlossener Grenzen jäh ins Bewusstsein zurückgebracht. Als ebenso zentrale Herausforderung wird im Papier die fortschreitende Vernetzung und Digitalisierung hervorgestrichen.

Der Allianz schwebt eine Neuauflage der Gesamtverteidigung vor: Insbesondere den Cyber-Herausforderungen müsse in enger Zusammenarbeit zwischen Armee, Verwaltung, IT-Industrie, Wissenschaft und der Wirtschaft begegnet werden, heisst es im Konzept. Solche Ansätze gehen in den derzeitigen Grabenkämpfen völlig unter. Deshalb müssten die heutigen Denkverbote überwunden werden, sagt Thierry Burkart: «Nur so schaffen wir eine zeitgemässe Sicherheitspolitik für die Schweiz.»

Das Projekt der neuen Dachorganisation ist bereits in der Umsetzungsphase und wird auch von der Wirtschaft unterstützt. Fixe Zusagen hat die «Allianz Sicherheit Schweiz» von Economiesuisse und vom Arbeitgeberverband. Über Swissmem ist auch die Rüstungsindustrie involviert, allerdings nur für die Finanzierung der Geschäftsstelle, nicht aber bei Kampagnen.

Nahkampf für den F-35 - Die erste Bewährungsprobe für die neue Allianz wird die Kampagne für die Beschaffung des F-35 als neues Kampfflugzeug der Schweizer Luftwaffe. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) will zusammen mit der SP und den Grünen eine Initiative lancieren, um die US-Jets zu verhindern. Wieder droht die Endlosschleife der ewig gleichen Argumente. Die Kampagnenprofis der GSoA dürften den Slogan «Stop F-35» zum urbanen Polit-Lifestyle-Thema der nächsten Monate hochstilisieren.

Für Thierry Burkart ist klar: «Wir wollen diese Abstimmung deutlich gewinnen – und keinen Zittersieg, womöglich bloss mit Hilfe des Ständemehrs.» Dafür muss die Allianz auch die Bevölkerung in den urbanen Gebieten überzeugen, sich als Kraft der Zukunft etablieren und dem «Stop . . .» ein «Go F-35» entgegenzusetzen. Kampagnenfähigkeit heisst wohl auch, hinauszugehen in die Quartiere und sich auf den politischen Nahkampf mit der GSoA und ihren zugewandten Orten einzulassen.

Es versteht sich, dass die neue Dachorganisation für alle relevanten Akteure sich bewusst unabhängig vom Verteidigungsdepartement (VBS) positionieren wird. Die «Allianz Sicherheit Schweiz» hat die Absicht, die führende sicherheitspolitische Organisation zu werden.

Eine Analyse im Konzeptpapier der «Allianz Sicherheit Schweiz» zeigt, wie es zu einer sicherheitspolitischen Erosion im bürgerlichen Lager gekommen ist. In der Tat standen sich die armeefreundlichen Kräfte in den letzten Jahren meistens selbst im Weg. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der gescheiterten Gripen-Abstimmung im Mai 2014. Diese Feststellung von Georg Häsler ist unvollständig, den grössten Schaden haben die führenden Parteien der Mitte (CVP), FDP und die als rechtsstehende betitelte SVP zu verantworten, ihr Engagement war ungenügend, weil offenbar mit dem Entstehen für die Sicherheitspolitik, der Staatsaufgabe Nr. 1 kein Blumentopf zu gewinnen ist. Wer als Bundespolitiker wiedergewählt werden will, setzt sich nicht für die Sicherheitspolitik ein, dies ist die trübe Analyse der heutigen Situation. Der Gripen wurde nicht durch armeefreundliche Kreise, sondern durch die FDP und ihren damaligen Nationalrat Philipp Müller abgeschossen (Papierflieger). Auch die Verniedlichung der Gruppe Giardino muss korrigiert werden, nicht alle Vereine, welche sich für eine glaubwürdige Armee einsetzen, können einen so grossen Mitgliederbestand wie die Gruppe Giardino nachweisen. Zudem hat sich die Skepsis der Gruppe Giardino über die WEA (Weiterentwicklung der Armee) bewahrheitet. Die heutige Armee hat ja gar Schwierigkeiten, die benötigten Truppenbestände für eine Miniarmee von 100'000 Armeeangehörigen sicherstellen zu können.

Die neue Allianz will das Thema Sicherheit vom innenpolitischen Verteilungskampf um finanzielle Mittel lösen. Diese Absicht hätte schon vor rund dreissig Jahren, nach dem Fall der Berliner Mauer in die Tat umgesetzt werden müssen! Stattdessen versanken die bürgerlichen Parteien in

einen „gerechten?“ Langzeitschlaf, nur um zum heutigen Zeitpunkt durch geopolitische Veränderungen unsanft geweckt zu werden. „Wer zu lange schläft, erwacht zu spät“ und den bestraft das Leben! Dieses Ansinnen scheiterte bisher, weil viele bürgerliche Wähler in Sachen Sicherheitspolitik sich gegen links orientierten. Sie sind die Verursacher der heutigen Misere!

Das Konzeptpapier der «Allianz Sicherheit Schweiz» ortet die Defizite der schweizerischen Sicherheitspolitik unter anderem bei der Versorgungssicherheit des Landes, die als strategisches Ziel bisher gefehlt hat. Die Versorgungssicherheit ist ein wichtiger Pfeiler in der Sicherheitspolitik. Allerdings ist diese Absicht nicht ganz ungefährlich, denn sie bedeutet, dass die Bedürfnisse der Armee weiter in den Hintergrund gelangen könnten. Doch die Armee ist der Grundpfeiler einer jeden Sicherheitspolitik. Man stelle sich einen Strom-Blackout vor, oder eine Gefährdung der Versorgungssicherheit aufgrund ausserordentlicher Ereignisse durch Terrorismus oder Kriegswirren. Eine 100'000 Mann Armee wäre da bereits mit der Gewährleistung der inneren Sicherheit überfordert, geschweige denn mit der Notwendigkeit, noch lokal den Verteidigungskampf zu führen, z.B. zur Sicherung der zentralen Anlagen für die Versorgung.

Die bürgerlichen Parteien haben es selbst in der Hand, den „Nahkampf“ pro F-35 gar nicht führen zu müssen. Dazu braucht es nur Geschlossenheit im Parlament in Bezug auf die Armeebotschaft 2022, wenn es darum geht, die Rüstungsvorhaben in beiden Räten abzusegnen. Die Parteien „Die Mitte“, FDP und SVP verfügen über die Ratsmehrheit, welche durch Teile der GLP noch verstärkt werden könnte. Wird das Rüstungsbudget gesamthaft von beiden Räten bewilligt, können die linken Kreise die bis zu diesem Zeitpunkt gesammelten Unterschriften gleich mit dem Altpapier entsorgen!

Und nochmals eine Zwängerei

Wenn das Volk beim zweiten Mal Nein sagt

Hansueli Schöchli, 9. Juli

Auch die neuerliche Volksabstimmung zum Covid-19-Gesetz dürfte vor allem von Symbolik geprägt sein.

Nur gut drei Wochen nach dem Volks-Ja zum Covid-19-Gesetz ist klar, dass die Stimmbürger am 28. November ein zweites Mal über das Gesetz befinden. Denn auch das zweite Referendum ist zustande gekommen; das Referendumskomitee hat am Donnerstag 187 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Das erste Referendum richtete sich formal gegen die Gesetzesversion vom September 2020. Das Parlament hat aber seither das Gesetz schon dreimal revidiert. Das Referendumskomitee kündigte direkt nach seiner Abstimmungsniederlage im Juni ein zweites Referendum an – gegen die Gesetzesrevision vom März.

Die erste Referendumskampagne war stark von Symbolik geprägt. Der Haupttreiber der Referendumsführer schien die Unzufriedenheit mit der Corona-Politik des Bundesrats zu sein, die massive Einschränkungen für Wirtschaft und Gesellschaft gebracht hatte. Die zentrale Rechtsbasis für Ladenschliessungen, Veranstaltungsverbote und andere harte Massnahmen lieferte aber nicht das Covid-19-Gesetz, sondern das Epidemiengesetz sowie zunächst auch direkt die Bundesverfassung. Die von den Referendumsführern konkret genannten Einwände gegen das Covid-19-Gesetz betrafen Nebenschauplätze (wie die Medienförderung) oder waren sachlich nicht korrekt (angeblich vereinfachte Zulassung von Impfstoffen). Zudem war ein Hauptteil des Covid-19-Gesetzes – die Nothilfen – relativ populär. Angesichts dieser Ausgangslage war das Abstimmungsergebnis vom Juni mit knapp 40 Prozent Nein-Stimmen ein Achtungserfolg für die Kritiker und ein Denkanstoss für den Bundesrat.

Ähnliches lässt sich auch für den Auftakt zum zweiten Referendum sagen: Die Gegner sammelten in nur gut drei Wochen 187 000 Unterschriften. Und dies, obwohl die genannten Hauptkritikpunkte schon im Vorfeld des Urnengangs vom Juni vorgebracht wurden.

Vier Passagen im Visier - Offiziell richtet sich die konkrete Kritik der Gegner nun gegen vier Gesetzesbe-

stimmungen vom März. Gemäss einem der Artikel legt der Bundesrat «die Kriterien und Richtwerte für Einschränkungen und Erleichterungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens fest». Dies gibt laut den Kritikern dem Bundesrat grosse und unnötige Vollmachten ohne Kontrollen. Faktisch bringt dieser Artikel allerdings kaum Neues. **Schon das Epidemiengesetz gibt dem Bundesrat in einer Krise weitreichende Vollmachten zu Einschränkungen von Wirtschaft und Gesellschaft.**

Im Visier der Gegner ist auch eine Gesetzespassage, gemäss welcher der Bund in Abstimmung mit den Kantonen Massnahmen für ein umfassendes Contact-Tracing trifft; dies sei die Basis für eine «permanente Massenüberwachung». Auch die Kontaktrückverfolgung verschwände aber bei einem erfolgreichen Referendum nicht, da das Epidemiengesetz eine rechtliche Basis dafür enthält. Allerdings sind gemäss Epidemiengesetz in erster Linie die Kantone zuständig; die ausdrückliche Bundeszuständigkeit ist dort auf die Covid-19-App für Mobiltelefone beschränkt. In der Praxis ändert sich laut einem Bundesvertreter vermutlich in Sachen Kontaktrückverfolgung auch bei einem erfolgreichen Referendum nicht viel, da sich die Praktiken in den Kantonen während dieser Krise nun eingespielt hätten.

Ein Ärgernis ist für die Kritiker auch die im März eingefügte Passage des Covid-19-Gesetzes, die Geimpfte von der Pflicht zur Quarantäne befreit; dies sei «Diskriminierung» von Ungeimpften. Ein erfolgreiches Referendum würde aber die Lage der Nichtgeimpften nicht verbessern, sondern nur diejenige von betroffenen Geimpften verschlechtern.

Die Kritiker wehren sich auch gegen die Einführung des Covid-Zertifikats für Geimpfte, Genesene und Getestete; dieses liefere ebenfalls eine Basis für Diskriminierung. Das Parlament hatte mit der Gesetzesänderung im März dem Bundesrat Vorgaben für ein solches Zertifikat gemacht. Auch ohne diese Gesetzespassage wäre die Einführung eines offiziellen Covid-Zertifikats rechtlich vielleicht möglich, aber politisch wäre die Sache nach einem erfolgreichen Referendum wohl eher schwierig. Selektive Zugänge für Geimpfte/Getestete/Genesene zum Beispiel zu Nachtclubs und Grossveranstaltungen wären jedoch laut einer juristischen Interpretation auf Basis des Epidemiengesetzes weiterhin möglich.

Nothilfen als Haupttreiber - Nicht im Fokus der Kritiker steht ironischerweise der Haupttreiber der Revision des Covid-19-Gesetzes vom März: der Ausbau der Wirtschaftshilfen.

Bei einem Erfolg der Gesetzesgegner im zweiten Anlauf würden die betroffenen Bestimmungen erst ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten auslaufen – im März 2022. Die Folgen hielten sich deshalb im Rahmen, doch die Sache könnte je nach Entwicklung der Pandemie noch Bedeutung bekommen.

Scheitern die Referendumsführer im November ein zweites Mal, können sie danach nicht auch noch ein Referendum gegen die Gesetzesrevision vom Juni ergreifen – weil die Referendumsfrist dafür im November abgelaufen sein wird. Denkbar wäre aber ein weiteres Referendum für den wahrscheinlichen Fall, dass das Parlament das Gesetz im September erneut revidiert; so könnte im Herbst die Verlängerung diverser Fristen im Gesetz ein Thema sein.

Dieses Referendum ist völlig unnötig und eine Zwängerei. NZZ Redaktor Hansueli Schöchli ist es gut gelungen, die Schwachstellen der Argumentation der Referendumskomitees aufzuzeigen.

Auch dieses Referendumskomitee gehört zu den Demokratieverweigern und Totengräbern unserer direkten Demokratie. Volksrechte, wie das Initiativ- und Referendumsrecht dürfen nie missbraucht werden! An der Urne wird dieses Referendum glücklicherweise chancenlos sein!